



10/SN-188/ME

BUNDES-INGENIEURKAMMER

An das
Präsidium des
Nationalrates

Parlament
1017 Wien

A-1040 · WIEN 4 · KARLGGASSE 9/2
TEL. (0222) 505 58 07 SERIE

GENERALSEKRETARIAT

BEZUGSNUMMER 21. 84 -GE/3. 12 Datum: 29. SEP. 1992 Vert. mit: 1. Okt. 1992 Ba	WIEN, 28.9.1992 G. Z. 567/92/hu
--	------------------------------------

Dr. Hunca

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 hinsichtl. der Regelungen über die Säumnisbeschwerge geändert wird GZ 601.457/2-V/1/92

Beigeschlossene Unterlage(n) übermittelt das
Generalsekretariat ohne gesonderten Brief

Die der Beilage übermittelt die Bundes-Ingenieurkammer
25 Kopien ihrer Stellungnahme zu obigem Gesetzesentwurf

wie vereinbart

mit Dank zurück

mit der Bitte um

Kenntnisnahme

Rücksprache

Stellungnahme

Verlautbarung

Erledigung

Teilnahme und Bericht

weitere Veranlassung

.....

Termin:

Beilage(n)

w.o.e.e.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Maria Hunca

Maria Hunca
Generalsekretariat

**BUNDES-INGENIEURKAMMER**

An das
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2
1014 Wien

A-1040 · WIEN 4 · KARLGGASSE 9
TEL. (0222) 505 58 07 SERIE
TELEFAX 505 32 11

**KÖRPERSCHAFT
ÖFFENTLICHEN RECHTES**

WIEN, 22. 9. 1992
G. Z. 567/92/zö/je

**Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Verwal-
tungsgerichtshofgesetz 1985 hinsichtlich der Rege-
lungen über die Säumnisbeschwerde geändert wird
Ihre GZ 601.457/2-V/1/92**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Bundes-Ingenieurkammer bedankt sich für die Übersendung
des o.a. Gesetzesentwurfes und erlaubt sich, hiezu
folgende

S T E L L U N G N A H M E


abzugeben.

Bezüglich § 27 Abs. 2 des vorliegenden Entwurfes, wonach im
Falle eines Nachprüfungsverfahrens gemäß §§ 40 ff Bundesver-
gabegesetz bereits ein Monat nach Säumnis des unabhängigen
Verwaltungssenates eine Säumnisbeschwerde an den Verwal-
tungsgerichtshof zulässig sein soll, verweisen wir auf un-
sere Ausführungen in der Stellungnahme zum Entwurf eines
Bundesgesetzes über die Vergabe von Aufträgen (Bundesverga-
begesetz). Darin vertritt die Bundes-Ingenieurkammer die
Auffassung, "daß im Hinblick auf die doch sehr einge-
schränkte Möglichkeit ein Nachprüfungsverfahren in Gang zu
setzen, einer Übertragung der Durchführung an die ordentli-

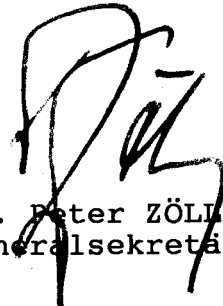
chen Gerichte der Vorzug zu geben ist". Aus diesem Grunde hätte daher § 27 Abs. 2 des gegenständlichen Entwurfes ersatzlos zu entfallen.

Die Bundes-Ingenieurkammer ersucht um Berücksichtigung ihrer Stellungnahme und verbleibt

mit freundlichen Grüßen



Arch.Dipl.Ing. Helmut SCHIMEK
Präsident



Dr. Peter ZÖLLNER
Generalsekretär